

Jahresziele des Regierungsrats für 2010

Vorbemerkung

Gestützt auf das Regierungsprogramm legt der Regierungsrat jeweils die Jahresziele für das bevorstehende Amtsjahr fest. Dabei geht es um die Hauptziele der Direktionen, also jene, die sich der Regierungsrat in seinem Regierungsprogramm gesetzt hat. Zudem sollen diese Ziele messbar sein. Zu den Hauptzielen kommen die laufenden Arbeiten hinzu, die die Schwerpunktziele ständig begleiten.

Der Regierungsrat verzichtet darauf, die mit den Jahreszielen verbundenen Massnahmen im Einzelnen zu erwähnen. Er geht davon aus, dass die geeigneten Mittel einzusetzen sind, um die Ziele zu erreichen. Zudem haben sich die Direktionen am Massnahmenpaket zu orientieren, das im Regierungsprogramm festgelegt ist.

Landammannamt

1. Die biometrischen Ausländerausweise sind nach Massgabe des Bundesrechts eingeführt.
2. Die vom Volk am 27. September 2009 beschlossenen Neuerungen im Gesetz über die geheimen Wahlen, Abstimmungen und die Volksrechte (vorzeitige Auszählung der brieflich abgegebenen Stimmen) sind umgesetzt.
3. Die nach der eGov-Strategie des Bundes priorisierten Projekte, namentlich die kantonale Datenplattform im Zusammenhang mit der Registerharmonisierung und der eidgenössischen Volkszählung, sind eng begleitet und deren Umsetzung im Kanton Uri ist geprüft.

Baudirektion

1. Eine Gesamtschau der künftigen Hochbauinvestitionen (Spital, Kantonsschulen, Verwaltung) und deren finanzielle Auswirkungen liegt vor.
2. Die Kostenteilerverhandlungen der Hochwasserschutzprojekte sind für Uri erfolgreich abgeschlossen.
3. Der Regierungsrat hat das Regionale Gesamtverkehrskonzept Urner Talboden verabschiedet und Umsetzungsmassnahmen beschlossen.
4. Die Strategie Gewässerunterhalt ist vom Regierungsrat verabschiedet.

5. Die Prozesse im Betrieb Nationalstrassen sind im Hinblick auf die neue Leistungsvereinbarung 2013 mit dem Astra gut strukturiert und eingeführt.
6. Die Energiestrategie wird kontinuierlich umgesetzt und die Konzession für den Alpbach und jene für weitere Bäche sind entscheidungsreif.
7. Der Konzessionsvertrag mit der Arnold & Co. AG betreffend Kiesabbau im Urnersee ist vom Landrat verabschiedet und durch alle Vertragsparteien unterzeichnet.

Bildungs- und Kulturdirektion

1. Der definitive Bericht zur Volksschule 2016 liegt vor.
2. Ein Vorschlag für die zukünftige Steuerung des Bildungswesens liegt vor.
3. Der Beitritt zum Stipendienkonkordat ist entschieden.
4. Der Landrat hat die Totalrevision der Verordnung über den schulzahnärztlichen Dienst (RB 10.1425) und der Verordnung über den schulärztlichen Dienst (RB 10.1421) beschlossen.
5. Die Notwendigkeit zur Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung ist geklärt.
6. Die Notwendigkeit zur Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Förderung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern ist geklärt.

Finanzdirektion

1. Der Finanzplan 2011 bis 2014 erfüllt die Ziele des Finanzleitbildes. Das Budget 2011 erfährt keine Verschlechterung gegenüber den Ergebnissen des Finanzplanjahres 2011 aus dem Finanzplan 2010 bis 2013.
2. Das Stimmvolk hat das neue Steuergesetz angenommen.
3. Die Finanzdirektion hat das Projekt allgemeine Neuschätzung der Grundstücke bis Ende 2010 zu 100 Prozent umgesetzt. Die Veranlagungen sind Ende April 2010 zu 98 Prozent eröffnet.
4. Der Regierungsrat hat den Softwareentscheid zur Ablösung von Larix vor den Sommerferien 2010 getroffen.
5. Der Regierungsrat hat die Richtlinien zur Beteiligungspolitik vor den Sommerferien 2010 verabschiedet.
6. Der Regierungsrat hat über die Neueinreibungen aus der Funktionsanalyse und aus dem summarischen Verfahren bis Ende 2010 entschieden.
7. Die neue Pensionskassenverordnung ist vom Landrat verabschiedet.

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion

1. Der Landrat bzw. das Stimmvolk hat die rechtlichen Grundlagen für die kantonale Umsetzung der Pflegefinanzierung beschlossen.
2. Mit Blick auf die Änderung der KVG-Spitalfinanzierung ab 2012 werden Massnahmen proaktiv geprüft, um den Spitalstandort Uri langfristig in guter Qualität und zu tragbaren Kosten zu sichern.
3. Der Regierungsrat hat die Kernelemente der strategisch-baulichen Gesamtplanung 2012 für das Kantonsspital Uri beschlossen.
4. Die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung der neuen Bestimmungen im Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) sind erarbeitet und vom Regierungsrat zuhanden des Landrats verabschiedet.
5. Das Behindertenkonzept Uri ist vom Bundesrat genehmigt.
6. Eine Strategie zum Umgang mit dem Klimawandel im Kanton Uri liegt vor und ist dem Regierungsrat unterbreitet worden.
7. Die Richtplananpassung für das Projekt Staudammerhöhung Göscheneralp ist vom Bund genehmigt, und die Vorbereitungen für die Erteilung der Baubewilligung sind abgeschlossen.
8. Ein Strategieentscheid zur Umsetzung der Deponieplanung und zur Realisierung neuer Deponiestandorte ist gefällt. Die notwendige Akzeptanz dieser Strategie bei den betroffenen Gemeinden und der Korporation ist vorhanden.
9. Die Änderung des KUG in den Bereichen Sachübernahme, Spezialfinanzierung und Privatleitungen ist vom Landrat zu Handen der Volksabstimmung verabschiedet.

Justizdirektion

1. Das Stimmvolk hat das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz angenommen.
2. Das Stimmvolk hat das neue Planungs- und Baugesetz angenommen.
3. Das Stimmvolk hat das neue Gesetz über die Organisation und die Zuständigkeit der richterlichen Behörden angenommen und die erforderlichen organisatorischen Massnahmen sind umgesetzt.
4. Das Stimmvolk hat die Änderung des Gesetzes über das Reussdelta angenommen.
5. Ein Leitbild zur Gemeindeentwicklung und die rechtlichen Voraussetzungen für eine optimale Gemeindestruktur sind erarbeitet.
6. Die Richtplananpassung unteres Reusstal ist verabschiedet.
7. Das Verfahren für die Richtplananpassung zu den Skiinfrastrukturanlagen im Urserntal ist abgeschlossen.

8. Das Schutz- und Nutzungskonzept erneuerbare Energien ist vom Regierungsrat verabschiedet.
9. Das Schutz- und Aufwertungskonzept Urserntal ist vom Regierungsrat verabschiedet.
10. Der Regierungsrat hat das kantonale Natur- und Landschaftsschutzkonzept verabschiedet.

Sicherheitsdirektion

1. Der Landrat hat die Videoverordnung beschlossen.
2. Die Reorganisation der Kantonspolizei mit einer Bereitschafts- und Verkehrspolizei sowie einer Kriminalpolizei ist umgesetzt.
3. Der Landrat hat den Beitritt zum Konkordat über die Grundlagen der Polizeizusammenarbeit in der Zentralschweiz (Polizeikonkordat Zentralschweiz) beschlossen.
4. Die Umsetzung POLYALERT (neue elektronisch gesteuerte Sirenen bei Wasseralarm) in Zusammenarbeit mit dem Bund, der CKW/KWG und den Gemeinden ist erfolgreich abgeschlossen.
5. Der Landrat hat die Revision der kantonalen Jagdverordnung beschlossen.
6. Die Gefahrenkarten Bürglen, Realp und Wassen als Grundlage für den Umgang mit Naturgefahren sind erarbeitet.

Volkswirtschaftsdirektion

1. Es liegt ein Konzept über eine künftige Tourismus-Finanzierung vor.
2. Zur Finanzierung der touristischen "Ski-Infrastrukturen Andermatt-Sedrun" liegt ein unter den Beteiligten konsolidiertes Konzept vor.
3. NEAT: Die Vorprojekte HAT (Hafnerried tief) und RES (Reider ebenerdig schnell) sind im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens beurteilt und seitens des Kantons ist - in Abstimmung mit den Gemeinden - eine Variantenwahl getroffen.
4. Das Konzept "Standortkommunikation" ist genehmigt. Umsetzungsschritte sind eingeleitet.
5. Der Landrat hat den Kredit zur Finanzierung der Gesamtsanierung der Luftseilbahn Eggberge AG beschlossen.
6. Ein durch den Kanton, die Gemeinden und die Schwimmbad-Genossenschaft Altdorf (SGA) gemeinsam getragenes Konzept zur Finanzierung des "Sanierungspakets Schwimmbad Moosbad" liegt vor.
7. Der Regierungsrat hat den "Businessplan Heimarbeit" genehmigt und erste Schritte der Umsetzung eingeleitet.

8. Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit: Die Leistungsvereinbarung 2010 mit den gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent erhöhten Kontrollen ist umgesetzt.
9. Umsetzung des Projekts "Landwirtschaft Uri - wohin?" (lanuwo): Der Regierungsrat hat über die zukünftige Ausrichtung der Urner Landwirtschaftspolitik, die rechtlichen Anpassungen und die Umsetzungsmassnahmen entschieden.